



Pressemitteilung

17. März 2026
Seite 1 von 2

Bund startet Gestaltungswettbewerb für Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland

Potsdamer Platz 1
10785 Berlin

Tel. +49 30 18 681-43333
Fax +49 30 18 681-55366

presse@bkm-info.bund.de
www.kulturstaatsminister.de
www.bundesregierung.de

Der Bund hat heute den internationalen Wettbewerb für die Gestaltung des „Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland“ eröffnet. Die Auslobung des Realisierungswettbewerbs zur künstlerischen Gestaltung des Denkmals markiert einen Meilenstein auf dem Weg zu einem zentralen Erinnerungsort in der deutschen Hauptstadt. Das Denkmal soll im Spreebogenpark Berlin zwischen Bundeskanzleramt und Deutschem Bundestag entstehen.

Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende der SED-Diktatur wird damit ein Ort geschaffen, der an die Menschen erinnert, die unter der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland verfolgt, entrechtet, inhaftiert oder ermordet wurden. Das Denkmal soll das erlittene Unrecht und das Leid der Opfer sichtbar machen und zugleich den Mut jener würdigen, die sich der Diktatur widersetzt haben.

Die Bewerbungsphase für den Gestaltungswettbewerb läuft fünf Wochen: Künstlerinnen und Künstler, Architektinnen und Architekten sowie Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten können sich – vorzugsweise in interdisziplinären Teams – bis zum 22. April 2026 bewerben. Aus den eingehenden Bewerbungen werden bis zu 25 Teilnehmende ausgewählt. Sie werden eingeladen, im Sommer ihre Gestaltungsentwürfe für das Denkmal zu entwickeln. Das Preisgericht wird im November 2026 über den Siegerentwurf entscheiden. Der Bau ist für die Jahre 2027 bis 2028 geplant. Für Wettbewerb und Realisierung stellt der Bund insgesamt fünf Millionen Euro zur Verfügung.

Staatsminister für Kultur und Medien Wolfram Weimer erklärt: „Wir schaffen endlich einen Ort für die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland – einen Ort, auf den viele Betroffene und ihre Angehörigen seit Jahrzehnten warten. An zentraler Stelle im Herzen der Bundeshauptstadt schließen wir damit mehr als 35 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur eine Lücke in unserer Erinnerungslandschaft. Mir ist besonders wichtig, dass viele der



17. März 2026
Seite 2 von 2

Betroffenen diesen Ort des würdigen Gedenkens noch selbst erleben können.“

Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: „Ein nationales Mahnmal ist mehr als ein bauliches Zeichen. Es ist ein öffentliches Bekenntnis dazu, das Leid der Betroffenen anzuerkennen und die Erinnerung an sie wachzuhalten.“

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG e.V.): „Die Auslobung des Wettbewerbs für das Mahnmal der Opfer des Kommunismus markiert einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer sichtbaren Erinnerungskultur. Das geplante Mahnmal soll das Leid der Opfer kommunistischer Diktaturen anerkennen und ihr Gedenken fest im öffentlichen Bewusstsein und in der Mitte unserer Gesellschaft verankern.“

Die Errichtung des Denkmals geht auf einen Beschluss des Deutschen Bundestages zurück. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) fördert eine Koordinierungsstelle bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die die Planungen zur Realisierung des Denkmals begleitet. Die Koordinierungsstelle treibt das Vorhaben seit einigen Jahren in enger Zusammenarbeit mit der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG e.V.) voran. Ein Beirat aus Wissenschaft, Politik, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen begleitet den Prozess. Den Gestaltungswettbewerb richtet das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) aus.

Weitere Informationen zum Bewerbungsverfahren sind abrufbar unter <https://www.bbr.bund.de/denkmal-opfer-kommunistische-diktatur-deutschland>

Informationen zum Hintergrund des Denkmals finden Sie unter <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/erinnern/Denkmal-zur-Mahnung-und-Erinnerung-an-die-Opfer-der-kommunistischen-Diktatur-in-Deutschland>